



Abgeschrieben!

*Die Gesellschaft grenzt Arbeitslose
immer mehr aus –
von Matthias Möhring-Hesse*

Über ihre Arbeit werden die meisten Menschen fluchen, wenn der Wecker sie in aller Herrgottsfrühe aus dem Schlaf reißt. Gleichwohl wissen sie den Wert ihrer Arbeit zu schätzen – spätestens, wenn am Ende jedes Monats

in der „Tagesschau“ über die neuste Arbeitslosenstatistik berichtet wird.

Den Wert „geregelter Arbeit“ kennen jedoch besser noch andere, nämlich diejenigen Menschen, die unfreiwillig ihre Arbeit verloren bzw. bislang überhaupt noch keine Arbeit



**Abgeschrieben.
Ohne Perspektive,
ohne Zukunft.
Sinnloses Warten
auf dem Arbeits-
amt?**

foto: Lichtblick/epd

gefunden haben und sich da-
her – so die offizielle Sprachre-
gelung – zur Verfügung des
Arbeitsmarktes halten. Er-
folgs- und irgendwann auch
hoffnungslos auf der Arbeits-
suche, bleibt ihnen das ver-
wehrt, was der bundesdeut-
schen Bevölkerungsmehrheit
doch selbstverständlich ist: eine
„geregelte Arbeit“ und ein
„geregeltes Einkommen“, Vor-
aussetzungen für ein nor-



foto: Stefan Dolfen

males Leben in der bundes-
deutschen Wohlstandsgesell-
schaft.

Seit Mitte der 70er Jahre wird
die Bundesrepublik durch eine
verfestigte Massenarbeits-
losigkeit geprägt, deren Sockel
sich bislang nach jedem Kon-

**Viele Frauen hoffen,
durch Beschäftigungs-
maßnahmen wieder Fuß
auf dem Arbeitsmarkt
zu fassen.**

junkturreinbruch vergrößert
hat. Die sich in der Rezession
einstellenden Beschäftigungs-
defizite konnten also in der
Aufschwungphase nicht auf-
gefangen werden. Statt dessen
hat sich der vormals selbst-
verständliche Zusammenhang
zwischen Wachstum und Be-
schäftigung gelockert: Wirt-
schaftliches Wachstum führt
nicht automatisch zu höherer
Beschäftigung; Wachstum ►

Abgeschrieben...

► kann sogar im Gegenteil – wie etwa Anfang der 80er Jahre – durch Abbau von Beschäftigung erzielt werden. Im Ergebnis führte diese Entwicklung dazu, daß sich die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Stand eingerichtet und verfestigt hat. Zu Beginn dieses Jahres suchten in Deutschland über sechs Millionen Menschen erfolglos einen Arbeitsplatz; offiziell waren davon etwa vier Millionen beim Arbeitsamt gemeldet.

Wenn Statistiken trügen

Tatsächlich werden in einem Jahr viel mehr Menschen arbeitslos, als es die Nürnberger Arbeitslosenstatistik nahelegt. Denn hinter deren Bestandsangaben verbirgt sich ein weit größerer Zugang in die Arbeitslosigkeit, der allerdings statistisch durch einen gegenwärtig etwa gleich umfänglichen Abgang u. a. in neue Beschäftigung ausgeglichen wird. Immer mehr Menschen werden also arbeitslos, viele von ihnen finden jedoch auch wieder eine neue Arbeit – oder gehen frühzeitig in Rente. Aber nicht alle, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, finden – nach einer mehr oder weniger kurzen Zeit der Stellensuche und der beruflichen Neuorientierung – wieder eine „geregeltete Arbeit“. Mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit hat sich auch die Zahl derjenigen Menschen vergrößert, die auf Dauer oder aber immer wieder arbeitslos sind. Von 1977 hat sich bis 1988 der Anteil längerfristig Arbeitsloser am Gesamtbestand der Arbeitslosigkeit mehr als verdoppelt und erreichte einen bisherigen

Höchststand von 32,6 Prozent. Vom einigungsbedingten Aufschwung konnten nach 1989 zwar kurzfristig auch viele der Langzeitarbeitslosen profitieren, doch längst schon muß die Nürnberger Bundesanstalt wieder einen Wiederanstieg des Anteils der Langzeitarbeitslosen vermelden: In den alten Bundesländern waren im vergangenen Jahr wieder fast 594 000 arbeitslos; für 1994 muß mit 750 000 Betroffenen und damit mit einem neuen Rekord gerechnet werden.

Aber auch diese Angaben bleiben unvollständig: Gerade unter den dauerhaft von Arbeitslosigkeit Betroffenen finden viele den Weg zum Arbeitsamt nicht bzw. nicht mehr und tauchen deshalb auch in keiner amtlichen Statistik auf. Als Langzeitarbeitslose werden überdies auch nicht Menschen „mit häufigem Beschäftigungswechsel“ erfaßt, die – ohne eine auf Dauer „geregeltete Arbeit“ – von Job zu Job springen und dazwischen mehr oder weniger lange Phasen der Erwerbslosigkeit in Kauf nehmen müssen.

Besonders ältere Menschen betroffen

Seit den achtziger Jahren konzentriert sich die Langzeitarbeitslosigkeit zunehmend auf die Gruppe der Älteren. Zwei Drittel der registrierten Langzeitarbeitslosen waren 1992 über 45 Jahre alt. In den meisten Fällen wurden sie zu Opfern der personalpolitischen Strategien von Betrieben, die auf die Verjüngung ihrer Belegschaften setzen. Auch wenn die Betroffenen in ihren Bewerbungsunterlagen in der Regel auf eine langjährige Erwerbskarriere und gute Qualifikationen verweisen

können, bleiben sie daher in ihrer Arbeitssuche erfolglos. Alter wird damit zunehmend zum Hindernis auf dem Arbeitsmarkt!

Aber auch das Gegenstück zum Alter ist Ursache von Langzeitarbeitslosigkeit: Zunehmend mehr Jugendliche fanden in den letzten Jahren erst gar nicht den Eintritt ins Erwerbsleben, verpaßten nämlich eine zukunftssichere Berufsausbildung oder aber erhielten nach ihrer Berufsausbildung keinen Arbeitsvertrag. Derartige Behinderungen beim Eintritt ins Erwerbsleben können im weiteren Lebenslauf kaum mehr ausgeglichen werden. In der Folge sind bei den betroffenen Jugendlichen Langzeitarbeitslosigkeit und unetliche Erwerbsbiographien „vorprogrammiert“.

Neben dem Alter und dem verhinderten Eintritt ins Erwerbsleben kommen schließlich noch die klassischen Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit hinzu: Menschen mit mangelnden oder – hinsichtlich der Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt – falschen beruflichen Qualifikationen oder mit gesundheitlichen Einschränkungen sind dauerhaft von Arbeitslosigkeit betroffen, weil sie nicht in das Kalkül von Personalabteilungen passen.

In Zukunft über sechs Millionen Arbeitslose?

Entgegen der im vergangenen Wahlkampf geschürten Aufschwungseuphorie wird sich die verfestigte Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren kaum auflösen. Statt dessen muß auch in naher Zukunft mit einem Beschäftigungsdefizit von sechs bis sieben Millionen Menschen gerechnet werden. Erst nach der

Jahrtausendwende führt – so eine eher optimistische Prognose – der demographische Wandel zu einer spürbaren Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, in deren Folge die registrierte Arbeitslosigkeit aber nur auf ca. 2,6 Millionen Personen zurückgehen dürfte. In dieser Zeit wird nämlich auch die „stille Reserve“ abgebaut, so daß viele der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen auch dann noch „Jeer ausgehen“ werden.

Vom Aufschwung und dem demographisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots werden insbesondere diejenigen nicht profitieren, die bereits gegenwärtig langzeitarbeitslos sind. Groß ist demnach die Gefahr, daß sich die bestehende Massenarbeitslosigkeit noch schärfer auf einen stabilen Kern von dauerhaft Arbeitslosen konzentrieren wird.

Arbeitslosigkeit kostet 200 Milliarden

Faßt man alle öffentlichen Haushalte zusammen, so wurden im vergangenen Jahr zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit über 200 Milliarden Mark ausgegeben, was annähernd 40 Prozent des Jahreshaushaltes der Bundesregierung ausmacht. Volkswirtschaftlicher Schaden entsteht aber auch dadurch, daß das – wie die Volkswirtschaftler sagen – „Humankapital“ der Arbeitslosen, also deren Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, deren Qualifikationen und Motivationen, wirtschaftlich nicht genutzt wird. Gesellschaftlich wurde zwar in ihre Ausbildung und Qualifikation investiert, aber das dadurch entstandene Arbeitsvermögen wird nun nicht abgefragt.

Kompetenzen und Qualifikationen der Langzeitarbeitslosen liegen brach und werden ohne wirtschaftliche Resultate gleichsam „für nichts und wieder nichts“ verschlissen.

Das in der Bundesrepublik dicht gewobene „soziale Netz“ hat nämlich ein großes Loch, durch das gerade die Menschen hindurchfallen, die wegen ihrer Ausgrenzung aus oder ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt eigentlich auf besondere Unterstützung angewiesen sind, die aber aus den gleichen Gründen die Voraussetzungen und Bedingungen der Arbeitslosenversicherung verpassen. In der Folge führen viele der Langzeitarbeitslosen ihr Leben in Armut: Fast 80 Prozent der Bezieher von Arbeitslosenhilfe (in den neuen Bundesländern sogar über 95 Prozent) müssen mit weniger als 1200 Mark monatlich auskommen. Insbesondere Familien mit Kindern, bei denen ein vormals alleinverdienender Haushaltsvorstand arbeitslos wird, unterschreiten deshalb fast immer das im Sozialhilferecht angegebene Existenzminimum und sind auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

Wenn die ganze Welt zusammenbricht

Rund 15 Prozent der Arbeitslosen lebten 1989 ganz oder teilweise von der Sozialhilfe und sind damit in das unterste Auffangnetz des bundesdeutschen Sozialstaates abgesunken.

In ihrer Armut suchen gerade Langzeitarbeitslose Unterstützung bei den Wohlfahrtsverbänden. Der Armutsstudie der Caritas ist zu entnehmen, daß 1991 knapp ein Fünftel der von der „Caritas“ betreuten Menschen arbeitslos waren,

davon fast die Hälfte bereits zwei oder mehr Jahre. Ihre finanziellen Probleme standen im Vordergrund.

Mit der Arbeitslosigkeit fällt nämlich nicht nur das „geregelt einkommen“ weg. Vielmehr bricht für die Betroffenen häufig eine ganze Welt zusammen: Soziale Räume und Beziehungen am alten Arbeitsplatz entfallen ersatzlos; Möglichkeiten für Selbstbestätigung und Arbeitsstolz brechen weg; vorgegebene Zeitstrukturen lösen sich auf. Die Selbstverständlichkeiten, in und aus denen die Bevölkerungsmehrheit mit „geregelter Arbeit“ lebt, verlieren für die Menschen ohne „geregelt einkommen“ schleichend an Bedeutung, bis sie schließlich den Kontakt mit dem „normalen Leben“ nicht mehr ertragen können, weil sie doch nur schmerzhaft an das eigene Scheitern erinnert werden. Am Ende fallen viele der Betroffenen in jene Resignation, die von anderen oftmals als „Arbeitsscheue“ oder „Die wollen doch gar nicht anders!“ mißverstanden wird. Materielle Unterversorgung sowie die langsame soziale Absonderung betreffen aber auch die Ehepartner und die Kinder, die „Opfer durch Nähe“ also, deren Lebens- und Zukunftschancen durch die lang andauernde bzw. immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit ihrer Partner und Eltern mit beeinträchtigt werden.

An dem normalen Leben der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft können und wollen die Betroffenen häufig nicht mehr teilnehmen. Andererseits verweigert ihnen die Bevölkerungsmehrheit die notwendige Aufmerksamkeit: Mit dem aufregenden, gleichwohl aber auch riskanten Le-

ben im Wohlstand vollauf beschäftigt, erscheint ihnen ihr eigener Wohlstand als Ergebnis eigener Leistung. Im Umkehrschluß unterstellen sie dann aber häufig, daß diejenigen, die ohne „geregelt einkommen“ und „geregelt einkommen“ leben müssen, das nicht ohne eigene Schuld tun.

Was immer an dieser Schuldzuschreibung im Einzelfall auch „wahr“ sein mag, mit dieser Haltung streiten sie jede soziale Verantwortung für die aus dem Arbeitsmarkt herausgefallenen Bevölkerungsteile ab. Doch auch wo diese Solidarität noch nicht gänzlich verweigert wird, scheint sie den meisten durch den Sozialstaat bereits hinreichend, vielleicht – so der von einigen unverantwortlichen Politikern geschürte Verdacht – sogar in Übermaßen gedeckt zu sein. In dem Maße, wie sie diese beiden gleichgerichteten Prozesse, also die Absonderung der Betroffenen und ihre Ausgrenzung aus der Wohlstandsgesellschaft, verhärten, wird die soziale Einheit der bundesdeutschen Gesellschaft aufgelöst. Wohlstand und Armut spalten sich in unterschiedliche soziale Zusammenhänge auf, wobei die gesellschaftliche Normalität fast ausschließlich durch den Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit bestimmt wird.

Es gibt viele Gerechtigkeitslücken

Eine Gesellschaft besitzt offenkundig „Gerechtigkeitslücken“, wenn sie den Zugang zum Wohlstand an Erwerbsarbeit knüpft, gleichwohl Millionen von Menschen eine Erwerbsarbeit dauerhaft vorenthält. Derartige „Gerechtigkeitslücken“ schlagen jedoch auch auf die Wohlstandsge-

sellschaft selbst zurück – und zwar in mindestens zwei Hinsichten: Auf Menschen, die am gesellschaftlich verfügbaren Wohlstand auf Dauer nicht beteiligt werden, ist erstens wenig Verlaß, daß sie die Gepflogenheiten der Wohlstandsgesellschaft erfüllen. Entsprechend müssen sie durch eine Politik der „inneren Sicherheit“ bewacht und notfalls auch gebändigt werden.

Langzeitarbeitslosigkeit politisch lösen

Die dazu notwendige innere Aufrüstung wird aber auch die Lebenslagen und -chancen der wohlhabenden Bevölkerung entwerten, die damit trotz Wohlstand an Lebensqualität verlieren. Verletzt wird zweitens das demokratische Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft, das eine zumindest minimale Chancengleichheit verlangt, sich in den gesellschaftlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen selbst zu vertreten. Den von gesellschaftlichem Wohlstand ausgeschlossenen Bevölkerungsteilen werden aber genau die in der „normalen“ Gesellschaft üblichen Teilhaberechte verwehrt. In der Folge werden die demokratischen Entscheidungsverfahren in zynischer Weise auf die Wohlstandsbevölkerung beschränkt – und verlieren so ihre demokratische Substanz.

Es liegt daher im eigenen Interesse der Bevölkerungsmehrheit, das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit politisch anzugehen und die bestehende „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen. Insofern sich Langzeitarbeitslosigkeit als Folge der verfestigten Mas-

Abgeschrieben ...

► senarbeitslosigkeit eingestellt hat, ist dazu eine Wirtschaftspolitik notwendig, die die bestehenden Beschäftigungsdefizite ausgleicht. Wegen der eingangs erwähnten Entkopplung von Konjunktur und Beschäftigung reicht aber wirtschaftliches Wachstum als politische Zielmarke allein nicht aus, zumal Wachstum in ökologischer Hinsicht auch nicht „um jeden Preis“ angestrebt werden darf. Statt dessen müssen durch politische Interventionen, etwa durch Besteuerung des Energieverbrauchs, die Bemühungen von Produzenten und Konsumenten derart umgesteuert werden, daß Wachstum nicht länger durch gesteigerte Arbeitsproduktivität und in Folge durch nachlassende Arbeitsnachfrage, sondern statt dessen durch erhöhte Energieproduktivität erzielt wird. Angesichts des Überangebots auf dem Arbeitsmarkt gilt es weiterhin, den säkularen Trend der Arbeitszeitverkürzung fortzusetzen und auf diesem Wege das vorhandene Arbeitsvolumen auf mehr „Rücken“ als bisher zu verteilen.

Darüber hinaus sind besondere beschäftigungspolitische Anstrengungen notwendig, um den Langzeitarbeitslosen wieder größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Denn offenkundig haben die etablierten Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes wie auch die seitens der Bundesregierung 1989 einberufene „Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“ keine größeren Erfolge bei der Integration der Langzeitarbeitslosen erzielen können. Verstärkt muß deshalb in die Qualifizierung und Förderung von

Langzeitarbeitslosen investiert werden. Entsprechende Maßnahmen verlangen aber eine intensive Beratung, Begleitung und Nachbetreuung, müssen also auf die Betroffenen individuell zugeschnitten werden und bedürfen der Vernetzung von Qualifizierung und Sozialarbeit. Möglich werden solche anspruchsvollen Maßnahmen im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Dort lassen sich geschützte Arbeitsverhältnisse mit längerfristigen Laufzeiten etablieren, die fließende Übergänge zum ersten Arbeitsmarkt vorsehen, gleichwohl die Betroffenen auch nach gescheiterten Integrationsversuchen halten können.

Betroffene präventiv fördern

Zunehmend muß die Arbeitsförderung jedoch vorausschauend geleistet werden, da Langzeitarbeitslosigkeit einfacher und billiger zu vermeiden als nachträglich aufzulösen ist. Die persönlichen Merkmale, die auf dem Arbeitsmarkt zur Langzeitarbeitslosigkeit führen, sind bekannt; daran muß eine präventive Förderung der Betroffenen ansetzen. Durch eine aktive und vorausschauende Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik werden die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit umgelenkt und für Qualifizierung und Beschäftigung eingesetzt. Gleichwohl wird auch auf diesem Wege die Massenarbeitslosigkeit – zumindest kurzfristig – nicht aufgelöst. ○

Matthias Möhring-Hesse ist Mitarbeiter am Frankfurter Oswald-von-Nell-Breuning-Institut.